

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 18.08.2025
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:47 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Susanne Lamers CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann CDU ab 17:07 Uhr

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Frau Silvia Heinemann SPD für Benjamin Dau

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr stv. BM Horst Segebade SPD für Levent Süre

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP für Carsten Helms

Herr Dirk Bakenhus UWG

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Günther Henkel

Herr Michael Hollmeyer

Frau Mareike Vogt

Frau Birgit Tillmann

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Michael Bartuscheck von der kommtIT

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

sowie eine weitere ZuhörerIn

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Benjamin Dau SPD

Herr Levent Süre SPD

Herr Carsten Helms FDP

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.03.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Digitalisierung Gemeinde Rastede
Vorlage: 2025/121
- 6 Neufassung der Verwaltungskostensatzung
Vorlage: 2025/084
- 7 Haushalt 2024 - Vorabinformationen zum Jahresabschluss
Vorlage: 2025/111
- 8 Haushalt 2025 - Ausführung des Haushalts - Stand August
Vorlage: 2025/129
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 10 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.03.2025

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales vom 11.03.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

**Digitalisierung Gemeinde Rastede
Vorlage: 2025/121**

Sitzungsverlauf:

Herr Bohmann betritt den Sitzungssaal, sodass nunmehr 11 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales anwesend sind.

Herr Bartuscheck stellt anhand einer umfassenden Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die wesentlichen Ergebnisse des durchgeführten Digital-Checks vor, wofür im Vorfeld 37 von 80 Mitarbeitenden der Kernverwaltung online befragt und 12 Interviews geführt wurden. Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass die Gemeinde Rastede im digitalen Reifegrad auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen liegt, eine solide IT-Ausstattung vorhanden ist und die Mitarbeitenden (insbesondere die jüngeren Kolleginnen und Kollegen) an der Einführung effizienter Abläufe sowie an der Digitalisierung insgesamt interessiert sind. Ein Hauptproblem in kleineren Kommunen, so auch in Rastede, besteht darin, dass die Digitalisierungsmaßnahmen nicht koordiniert und prozessorientiert sind, sondern lediglich isolierte Einzellösungen in Geschäftsbereichen bestehen, sodass hier ein Paradigmenwechsel hin zu einer ganzheitlichen Strategie und abteilungsübergreifenden Prozessen benötigt wird. Im weiteren Verlauf stellt Herr Bartuscheck mögliche kurz- und mittelfristige Maßnahmen (u. a. Einführung E-Akte, Verbesserung des Rechnungsworkflows, Einführung der digitalen Signatur sowie die Ermöglichung von Online-Zahlungen sowie automatisierte Workflows für Massengeschäft) vor, die zu mehr Effizienz führen, die Bürgerzufriedenheit erhöhen und vorhandenes Personal entlasten. Für diese Maßnahmen wäre nach grober Gesamtkostenprognose ein Budget von rund 45.000 Euro für Investitionen und Schulungen sowie 30.000 Euro für jährlich laufende Kosten zu veranschlagen.

Herr Henkel betont, dass seitens der Verwaltung beabsichtigt ist, die Thematik weiter zu bespielen und auf Grundlage des beschriebenen Rahmens das Digitalisierungsprogramm fortzusetzen. Entsprechende Finanzmittel sind für 2025 eingestellt und sollten auch in den kommenden Jahren berücksichtigt werden, um den Digitalisierungsprozess weiter voranzutreiben. Zudem ist vorgesehen, über den Fortschritt der Arbeiten in regelmäßigen Abständen im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales zu berichten.

Seitens der Ausschussmitglieder wird diesem Vorgehen nicht widersprochen. Im weiteren Verlauf der Beratung werden darüber hinaus noch einige Verständnisfragen gestellt und von Herrn Bartuscheck beantwortet.

Frau Lamers zeigt sich beruhigt über den bereits vorhandenen Digitalisierungsgrad in der Verwaltung, worauf sich aufbauen lässt, zumal insbesondere die jüngeren Mitarbeitenden der Digitalisierung ausgesprochen positiv gegenüberstehen. Sie spricht sich dafür aus, auch künftig die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um den Anschluss an die weitere IT-Entwicklung nicht zu verlieren.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Digitalisierung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

**Neufassung der Verwaltungskostensatzung
Vorlage: 2025/084**

Sitzungsverlauf:

Frau Vogt führt eingangs aus, dass die Verwaltungskostensatzung auf Grundlage einer Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände überarbeitet wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Frau Vogt, dass die Kosten in einigen Fällen nach Aufwand berechnet werden, wobei unter anderem die von der KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) ermittelten Kostenstandards für Arbeitsplätze als Grundlage herangezogen werden sollen.

Herr Henkel ergänzt, dass bei komplexen Vorgängen (z. B. Windenergieprojekte) die Stunden dokumentiert und abgerechnet werden, wobei beispielsweise auch externe Anwälte beauftragt und abgerechnet werden könnten.

Frau Heinemann weist darauf hin, dass in der Gemeinde Rastede seit geraumer Zeit keine Hundemarken mehr ausgegeben werden, sodass die Position „Ersatz für Hundemarken“ entfallen kann.

Frau Fisbeck bemerkt, dass eine feste Gebühr für die Bürgerinnen und Bürger in einigen Fällen transparenter ist, als die Abrechnung nach Zeitaufwand.

Frau Vogt legt dar, dass die Festlegung einer bestimmten Gebühr nicht immer möglich ist, jedoch eine Vorabinformation der Bürger über die möglicherweise entstehenden Kosten erfolgt.

Beschlussempfehlung:

Die Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung) vom 29.09.2025 wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.

Gleichzeitig tritt die Satzung über Verwaltungskosten der Gemeinde Rastede vom 10.12.2001 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**Haushalt 2024 - Vorabinformationen zum Jahresabschluss
Vorlage: 2025/111**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einer Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) die Finanzrechnung (Ist-Abschluss) zum Jahresabschluss 2024 vor, wobei er insbesondere darauf hinweist, dass das Ergebnis im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit um rund 4,9 Mio. Euro besser ausgefallen ist als geplant. Dies ist vorrangig auf die positive Entwicklung bei dem Gewerbesteueraufkommen mit Mehreinzahlungen in Höhe von rund 1,9 Mio. Euro zurückzuführen. Für den Bereich der Investitionstätigkeit weist Herr Hollmeyer auf das hohe Investitionsvolumen in Höhe von rund 23,2 Mio. Euro hin, wobei allein fast 6,6 Mio. Euro auf das Freibad entfallen. Im Übrigen musste nicht auf die eingeplante Kreditermächtigung in Höhe von rund 12,8 Mio. Euro zurückgegriffen werden, da im Verlauf des Haushaltsjahres ausreichend liquide Mittel vorhanden waren. Gleichwohl belaufen sich resultierend in erster Linie aus Haushaltsausgaberesten die Vorbelastungen für den Haushalt 2025 auf rund 16,6 Mio. Euro, die durch die vorhandenen liquiden Mittel zum Jahreswechsel in Höhe von 9,4 Mio. Euro nicht voll abgedeckt werden können. Somit ist der daraus verbleibende liquide Fehlbetrag von rund 7,2 Mio. Euro durch die Übertragung der Kreditermächtigungen aus 2024 (Haushaltseinnahmereste) abzusichern.

Herr Hoffmann erkundigt sich hinsichtlich des ausgewiesenen liquiden Fehlbetrags von 7,2 Mio. Euro, ob bei dieser Berechnung nicht Werte wie z. B. aus nicht veranschlagten Grundstücksveräußerungen und noch zu erwartenden Einzahlungen aus Zuschüssen (ca. 3 Mio. Euro) als anstehende Einzahlungen in 2025 den Fehlbetrag gegengerechnet werden müssten.

Herr Hollmeyer erklärt, dass die Übertragung von Einnahmeresten in das Folgejahr, wie im früherer kameralen System üblich, seit der Einführung der Doppik rechtlich nicht mehr zulässig ist.

Beschluss:

Der Bericht mit den Vorabinformationen zum Jahresabschluss 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Haushalt 2025 - Ausführung des Haushalts - Stand August
Vorlage: 2025/129

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist, den aktuellen Stand der Haushaltsführung vor, wobei er von vornherein darauf hinweist, dass der Haushalt 2025 erst am 28.06.2025 in Kraft trat, was zu einer relativ langen haushaltslosen Zeit führte und die Umsetzung neuer Maßnahmen / Projekte verzögerte. Darüber hinaus informiert er, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen aufgrund hoher Nachzahlungen von einigen Unternehmen um rund 3 Mio. verbessern werden, womit der Ansatz von 18 Mio. Euro voraussichtlich deutlich übertroffen wird. Zudem werden im außerordentlichen Bereich durch höhere Erlöse bei den Grundstücksverkäufen ebenfalls zusätzliche Einnahmen erwartet, sodass in der Prognose gegebenenfalls beim Jahresergebnis eine "schwarze Null" erwartet werden kann.

Herr Hoffmann zeigt sich irritiert über die Aussagen zu den Grundstücksverkäufen, da entgegen den Ausführungen in der Vorlage beziehungsweise im Investitionsbericht auf der Homepage der Gemeinde Rastede noch Grundstücke im Göhlen aus dem ersten und zweiten Verkaufsabschnitt angeboten werden.

Hinweis: Alle Grundstücke aus dem ersten und zweiten Verkaufsabschnitt waren vor der Erstellung der Vorlage verkauft und bezahlt. Erst im Nachgang sind zwei Familien auf die Gemeinde mit der Bitte zugekommen, den Kaufvertrag aus privaten Gründen rückabwickeln zu wollen. Diesen Wünschen ist die Verwaltung nachgekommen; zwischenzeitlich liegen neue Bewerbungen vor, sodass demnächst mit dem Abschluss neuer Kaufverträge zu rechnen ist.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erläutert Herr Hollmeyer, dass die Gemeinde Rastede aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen nach ersten Berechnungen voraussichtlich 2026 keine Schlüsselzuweisungen mehr erhalten und stattdessen in den Länderfinanzausgleich einzahlen muss. Damit würden bei der Haushaltsaufstellung rund 2 Mio. Euro fehlen.

Herr Hoffmann erkundigt sich nach den Hintergründen für die aufgetretenen Verzögerungen bei der eigentlich schon für 2024 vorgesehenen Sanierung des Kunstrasenplatzes in Wahnbek.

Nachdem zunächst Schwierigkeiten bestanden hatten, eine technische Begleitung für die Sanierung des Kunstrasenplatzes zu finden, konnte dieses Problem nicht nur zwischenzeitlich behoben werden, sondern es wurde auch die Ausschreibung für die Sanierung durchgeführt. Die Vergabe der Arbeiten erfolgt in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 9. September. Die Arbeiten sollen im September / Oktober beginnen und bis spätestens 30. November abgeschlossen sein.

Herr Hoffmann hinterfragt, ob sich vor dem Hintergrund der vorgenommenen pauschalen Kürzungen von 10 Prozent unter anderem in den Schulbudgets im Haushalt

2025 bereits Schulen gemeldet haben, die mit den Finanzmitteln nicht auskommen und zusätzliche Bedarfe angemeldet haben. Er regt vor dem Hintergrund des vorgelegten positiven Zwischenergebnisses an, bei möglichen Engpässen für das laufende Haushaltsjahr gegebenenfalls noch nachzusteuern.

Herr Hollmeyer bemerkt, dass er keine Rückmeldung über fehlendes Geld aus den Schulen erhalten hat.

Herr Henkel warnt davor, immer mehr Geld ausgeben zu wollen, zumal der Haushalt bestenfalls ausgeglichen werden kann und mit dem Wegfall der Schlüsselzuweisungen sich die Problemlage im kommenden Jahr noch verdoppelt. Angezeigt wäre es, weiter über Einsparungen zu sprechen, um die nach wie vor vorhandene strukturelle Problematik in den Griff zu bekommen.

Herr Hoffmann kritisiert die Verzögerung des Haushalts 2025, der erst im Juni genehmigt wurde, als Produkt der eigenen politischen Beratung, die über die Monate nur wenig Substanzielles hervorgebracht hat. Er fordert, dass der Arbeitskreis Haushalt effektiver arbeitet und Termine eingehalten werden, um in diesem Jahr den Haushaltsplan für 2026 verabschieden zu können.

Beschluss:

Die Ausführungen zum Stand des Haushalts 2025 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Anfragen und Hinweise

Edeka-Markt in Wahnbek

Herr Hoffmann erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich des geplanten Neubaus des Edeka-Markts in Wahnbek.

Hinweis: Die Firma Edeka teilte auf zwischenzeitliche Nachfrage mit, dass die Unterlagen für die Baugenehmigung bis auf eine bereits beantragte Vereinigung der Flurstücke nun komplett sind und somit das Baugenehmigungsverfahren voranschreiten kann. Parallel zu dem Verfahren bereitet Edeka die europaweite Ausschreibung vor, in der auch die Leistungsphasen 3 und 4 erneut ausgeschrieben werden sollen. Sollte es im Rahmen dieser Ausschreibung zu weiteren Änderungen kommen, würde Edeka eine Berichtigung der Baugenehmigung beantragen. Im Übrigen hat ein Vertreter des Unternehmens in diesen Tagen einen Termin beim Landkreis Ammerland vereinbart, um das Verfahren und das weitere Vorgehen zu klären. Laut seiner Aussage kam es zu den Verzögerungen, da Edeka das Gelände nach der Beantragung der Baugenehmigung übernommen hatte und sich die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Architekten als schwierig gestaltete. Sobald die Genehmigung erteilt ist und die Ausschreibung erfolgreich vorgenommen werden konnte, soll zügig mit dem Bau begonnen werden.

Gastronomie im Freibad Rastede

Herr Hoffmann bemängelt, dass die Gastronomie im neuen Freibad an Wochenenden angeblich aufgrund mangelnder Rentabilität oft geschlossen hat. Er hinterfragt, ob der Pächter zur Öffnung verpflichtet oder ob eine andere Regelung vertraglich vereinbart wurde.

Im Pachtvertrag ist geregelt, dass die genauen Öffnungszeiten mit der Verpächterin abzustimmen sind. Dies erfolgt zwischen dem Pächter und der Bäderleitung in regelmäßigen Abständen und klappt soweit gut. Somit ist es vertragskonform, dass in Zeiten wo das Bad beispielsweise aufgrund des durchwachsenen Wetters schlecht besucht ist, der Kiosk – in Abstimmung mit der Bäderleitung – geschlossen ist. Eine Verpflichtung für den Pächter, den Kioskbetrieb während der gesamten Öffnungszeiten des Freibades zu gewährleisten, wäre nach den Erfahrungswerten der Vergangenheit wirtschaftlich nicht umsetzbar.

Förderprogramme

Herr Hollmeyer informiert über nachfolgende aktuelle Bundes- und Landesfördertöpfe zur Förderung der Kommunen:

- Pakt für Kommunalinvestitionen: Der Fördertopf des Landes beträgt insgesamt 600 Mio. Euro. Für die Gemeinde Rastede werden 864.000 Euro erwartet. Davon werden 576.000 Euro (2/3) in diesem Jahr pauschal zugewiesen, die Restzahlung (1/3) erfolgt 2026.

- Förderprogramm im Kita-Bereich: Es erfolgt eine erhöhte Erstattung vom Land aufgrund gestiegener Betreuungskosten. Ab 2026 sollen jährlich 250 Mio. Euro an die Kommunen in Niedersachsen ausgezahlt werden.
- Sondervermögen Infrastruktur: Vom Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes sollen die Kommunen mit 60 Prozent des auf das Land entfallenden Anteils (voraussichtlich rund 9,4 Mrd. Euro) profitieren. Den größten Teil davon, rund 4,6 Mrd. Euro, soll den Kommunen pauschal zugewiesen werden.

Erwerb einer Fläche beim Naturbad Hahn

Frau Fisbeck erkundigt sich nach dem politischen Beschluss und die Haushaltsstelle hinsichtlich des Erwerbs eines Grundstücks beim Naturbad und Campingplatz in Hahn-Lehmden für 200.000 Euro.

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass der Erwerb des Grundstückes im Verwaltungsausschuss beschlossen und im Rahmen der Haushaltsberatungen im Investitionsplan für 2025 (*Hinweis: Produkt P1.05.02.424100.002*) aufgenommen wurde.

Tagesordnungspunkt 10

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 11

Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales um 18:47 Uhr.